

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 31 (1939)
Heft: 6

Artikel: Krieg und Wirtschaft
Autor: Keller, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352947>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 6

Juni 1939

31. Jahrgang

Krieg und Wirtschaft.

Von G e o r g K e l l e r.

Noch bis zum Weltkrieg hat man in allen Staaten die Bedeutung der Wirtschaft für den Krieg stark unterschätzt. Man ging von der Voraussetzung aus, moderne Kriege können wegen ungeheurer Kosten und massenhafter Entziehung von Arbeitskräften nicht von langer Dauer sein. Die Entscheidung müsse in einigen Monaten herbeigeführt werden. Es erwies sich aber bald, dass der Glaube an einen « Blitzkrieg » ein verhängnisvoller Irrtum war. Im Zeitalter der Technik werden Kriege nicht durch grosse Feldherrenkunst und nicht durch die Zahl der unter den Fahnen stehenden Soldaten, sondern vielmehr durch die Ueberlegenheit an Kriegsmaterial gewonnen. Eine ausreichende Bereitstellung von Munitionsbeständen im Frieden ist aber wegen des grossen Verbrauches im Kriege unmöglich. So kam es, dass schon nach 8 Wochen die beiden Gegner auf dem westlichen Kriegsschauplatz an Munitionsmangel litten. Jeder Tag des Weltkrieges hat im Durchschnitt mehr Stahl und Eisen verbraucht als der ganze Krieg von 1870/71 in seiner sechsmonatigen Dauer. Es zeigte sich daher besonders deutlich, dass Sieg oder Niederlage in diesem Kriege von der Leistungsfähigkeit und Organisation der Wirtschaft abhängen. « Produktion ist in diesem Kriege alles. Er wird hauptsächlich nicht auf den Schlachtfeldern Belgiens und Polens ausgetragen. Er wird in den Fabriken Frankreichs und Englands ausgefochten. » (Lloyd George.) So begann während des Krieges der Wettkampf um die Ueberlegenheit an Material. Der Weltkrieg ist somit zu einem Industrie- und Maschinenkrieg geworden.

Die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung der Rüstungsproduktion ist der Besitz an Kohle und Eisen. Es ist eine der interessantesten Erscheinungen der internationalen Rüstungs-

stungspolitik, dass die beiden grössten Militärmächte Europas — Deutschland und Frankreich — in der Versorgung mit diesen Grundstoffen aufeinander angewiesen sind. Deutschland bezog vor dem Krieg nahezu die Hälfte seines Eisenerzbedarfes aus dem Auslande (und zwar zu einem grossen Teil aus Frankreich), während Frankreich umgekehrt etwa zwei Fünftel seines Kohlenbedarfes im Auslande deckte (und zwar zur Hälfte in Deutschland). Durch den Krieg ist der Austausch begreiflicherweise unterbrochen worden.

Besonders ungünstig gestaltete sich die Lage für Frankreich. Durch die Besetzung der wichtigsten französischen Industriegebiete fielen 75 Prozent der Kohlenförderung, 81 Prozent der Gusseisenproduktion und 63 Prozent der Stahlgewinnung in deutsche Hand. Wenn Frankreich trotzdem den Kampf weiterführen konnte, so ist es zum grossen Teil auf die englischen und später amerikanischen Kohlen- und Eisenlieferungen zurückzuführen. Die Versorgung Englands mit Kohle und Eisen war während des Krieges keinen grossen Schwankungen unterworfen.

Die Lage der Mittelmächte in der Versorgung mit Kohle und Eisenerz war hingegen viel günstiger. Nicht nur die Kohlen- und Eisenreviere Frankreichs, sondern auch die gesamte Kohlen- und Eisenindustrie Belgiens, $\frac{1}{4}$ der russischen Steinkohlenindustrie und $\frac{1}{12}$ der Roheisenerzeugung waren in deutschem Besitze. Es bestand sogar auf seiten der Mittelmächte bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten im Weltkrieg im April 1917 eine Ueberlegenheit in der Kohlen- und Eisenproduktion. Im Jahre 1915 belief sich die Stahlerzeugung der Mittelmächte auf 15 Millionen Tonnen, die der Entente auf 14 Millionen Tonnen, im Jahre 1917 entsprechend 17 und 15. « Bei der Bedeutung von Kohle und Eisen für die Kriegsführung hätte dieses Uebergewicht sogar womöglich von entscheidender Bedeutung sein können, wenn es nicht in immer stärkerem Umfange durch die Lieferungen der Vereinigten Staaten ausgeglichen und sogar umgekehrt worden wäre¹. » Der Einsatz der Produktion der grossen amerikanischen Industrie war bekanntlich von entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Krieges.

Ein zweiter Faktor, der die Niederlage der Mittelmächte herbeiführte, war die grosse **Lebensmitteln o t**. In den ersten Jahren des Krieges waren infolge der Vorräte aus der Friedenszeit und durch die fast ungehinderte Einfuhr von Lebensmitteln aus den neutralen Ländern keine nennenswerten Lebensmittelschwierigkeiten zu verzeichnen. Erst im Jahre 1916 wurden in Deutschland Fett-, Brot- und Fleischkarten eingeführt. Die Lage spitzte sich aber im nächsten Jahre durch den Kriegseintritt der USA und folglich durch die Verschärfung der Blockade stark zu.

In diesem Zusammenhang sei auf die Rolle der **Neutralen** in der Lebensmittelversorgung Deutschlands während des

¹ Friedensburg: Kohle und Eisen im Weltkriege, S. 64.

Krieges hingewiesen. Vor dem Krieg deckten die skandinavischen Länder ihren Bedarf an Kohle fast zur Gänze in England. Diese Vorherrschaft hat England während des Krieges verloren durch die starken Anforderungen der Verbündeten, insbesondere Frankreichs und Italiens, den Mangel an Schiffen, die Verteuerung der englischen Kohle durch die hohen Frachten infolge des U-Boot-Risikos, den gesteigerten heimischen Bedarf usw. Diese Lage nützte Deutschland aus, indem es die Versorgung der neutralen Länder mit Kohle übernahm. Die Schweiz, die übrigens schon vor dem Kriege den überwiegendsten Teil ihres Kohlenbedarfes in Deutschland deckte (im Jahre 1913 2,8 Millionen Tonnen Kohle aus Deutschland und nur 500,000 Tonnen aus England) war im Kriege ausschliesslich auf die deutsche Kohleneinfuhr angewiesen.

So konnte Deutschland in den ersten drei Kriegsjahren erhebliche Mengen an Lebensmitteln und an Rohstoffen (Eisenerz aus Schweden) aus den neutralen Ländern einführen. Es genügt zum Beispiel, darauf hinzuweisen, dass die dänische Butterausfuhr nach Deutschland während der ersten zwei Kriegsjahre von 2000 Tonnen auf 25,000 Tonnen stieg. Ebenso stieg die holländische Käseausfuhr nach Deutschland von 16,000 auf 76,000 Tonnen. Im Jahre 1917 aber haben die Lieferungen der Neutralen beträchtlich nachgelassen, und zwar aus ganz Skandinavien von 619,000 Tonnen im Jahre 1916 auf 326,000 Tonnen im Jahre 1917.

Die Hauptgründe für den Rückgang der Ausfuhr waren: die Verschärfung der Blockade durch den Eintritt der USA in den Krieg, wodurch die Einfuhr von Getreide, Futtermitteln und Textilstoffen, die hauptsächlich aus den überseeischen Ländern kamen, stark zurückging; das Verlangen der Neutralen, fertige Waren und nicht nur Rohstoffe oder Gold im Austauschwege zu erhalten; die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Neutralen, die zu einer Zwangswirtschaft und Rationierung führte. Das wirkte sich auf die deutsche Ernährungslage katastrophal aus.

In Deutschland selbst ging die eigene Produktion der Landwirtschaft durch fortwährende Einziehungen der militärtauglichen Männer, durch Mangel an Arbeitstieren, Düngemitteln usw. immer mehr und mehr zurück. So trat die schreckliche Lebensmittelnot in Deutschland ein. Die Ueberlegenheit der Entente an Material und Mangel an Lebensmitteln haben die Niederlage Deutschlands herbeigeführt. Das sind die zwei entscheidenden Faktoren, die Deutschland zur Waffenstreckung gezwungen haben. « Die Mehrzahl der militärischen Siege hat die deutsche Wehrmacht errungen », schreibt das Organ des deutschen Generalstabes, « Militärwissenschaftliche Rundschau », Heft 4, 1936, Seite 533. « Gewaltige Gebiete feindlichen Landes wurden von ihr erobert. Bis zuletzt stand sie auf feindlichem Boden. Noch das letzte Jahr brachte ihr glänzende Siege auf den Schlachtfeldern. Und alles dies vermochte die endliche Niederlage nicht zu verhindern. Woran lag das? Es lag daran,

dass der endgültige Sieg vom Feinde auf dem wirtschaftlichen Kampffeld errungen wurde.»

Diese Erklärung der deutschen Niederlage ist nicht nur von grossem historischem Wert, weil sie die Legende vom «Dolchstoss» in den Rücken der kämpfenden Truppen durch die sozialistische Agitation widerlegt, sondern auch deshalb, weil aus dieser Erkenntnis die Schlussfolgerung gezogen wurde, dass im künftigen Kriege nicht nur der militärische, sondern auch der wirtschaftliche Generalstab eine entscheidende Rolle spielen wird.

Diese neue Einstellung zu den wehrwirtschaftlichen Problemen ist zum grossen Teil auch auf die Fortschritte der modernen Kriegstechnik zurückzuführen. Das Aufkommen der Luftwaffe und des Tanks, die Motorisierung der Armeen haben den Charakter des Krieges wesentlich verändert und damit auch die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft beträchtlich erhöht. Die Berechnungen über den Kriegsbedarf stehen daher im Vordergrund der wehrwirtschaftlichen Betrachtungen.

Unter den in letzten Jahren aufgestellten Berechnungen stehen in erster Linie die Schätzungen des Bedarfes an Flugzeugen und an Treibstoffen. Als Ausgangspunkt gelten die Produktionsangaben der letzten Monate des Weltkrieges. So erzeugte Grossbritannien im dritten Quartal 1918 monatlich 2961 Flugzeuge; das würde auf das Jahr umgerechnet eine Produktion von 35,532 Flugzeugen ergeben. Frankreich erreichte im August 1918 eine Höchstproduktion von 2912 Flugzeugen, was einer Jahresproduktion von 34,944 Flugzeugen gleichkommt. «Selbst auf Grund der Daten aus den letzten Kriegsmonaten liegen also Produktionszahlen in Höhe von mehreren Zehntausenden Flugzeugen jährlich im Bereich des Möglichen, wobei allerdings berücksichtigt werden muss, dass das moderne Flugzeug eine viel kompliziertere Maschine darstellt als das Flugzeug von 1918².» Nun sind aber die Verlustquoten im Ernstfall ausserordentlich hoch — 50 bis 100 Prozent monatlich —, so dass mit einem Bedarf von 60,000—65,000 Flugzeugen in einem Jahre gerechnet wird. «Der Weltbestand an Flugzeugen wird für 1937 auf etwa 60,000—65,000 Flugzeuge veranschlagt — das ist nur etwa soviel, wie eine einzige Grossmacht im Ernstfall in einem einzigen Jahr brauchen würde³.»

Selbst wenn diese Schätzungen eine starke Uebertreibung bedeuten und nur die Produktionszahlen der letzten Monate des Weltkrieges als Grundlage dienen, so ist eine jährliche Herstellung von 30,000 Flugzeugen durchaus möglich. In Deutschland werden jetzt monatlich 800 Flugzeuge erzeugt, im Ernstfall sollte die Produktion nach den erwähnten Berechnungen auf 2500 Flugzeuge monatlich steigen. Aus diesem Beispiel ist zu ersehen, wie ausser-

² Wagenführ: Die Flugzeugindustrie der anderen. Schriften des Instituts für Konjunkturforschung. 1939. S. 11.

³ Ebenda, S. 13.

ordentlich gross die Spanne zwischen der Produktion im Frieden und dem Bedarf im Kriegsfall ist.

Dementsprechend wird auch der Bedarf an Treibstoffen gewaltig steigen. Nach Berechnungen der deutschen Sachverständigen wird der Bedarf Deutschlands an Treibstoffen im Ernstfalle auf 15—20 Millionen Tonnen geschätzt, das heisst das Dreifache des Friedensbedarfes. Deutschland deckt jetzt 35—40 Prozent seines Oelbedarfes auf synthetischem Wege, und zwar hauptsächlich durch Kohlenverflüssigung. Um eine Tonne Benzin zu erhalten, sind etwa 3 bis 4 Tonnen Kohle notwendig. Es müssen also 60 bis 80 Millionen Tonnen Kohle zur Deckung des Treibstoffbedarfes im Kriegsfall verwendet werden. Das heisst soviel als die halbe deutsche Produktion an Steinkohle.

Abgesehen davon, dass der Bau von Verflüssigungsanlagen grosse Investitionen erfordern wird — nach Steinberger ist ein Kapitalaufwand von 4 Milliarden Reichsmark für die Herstellung von 12,5 Millionen Tonnen hydriertes Benzin notwendig —, wirkt sich auch die Personalfrage sehr erschwerend aus. «Zur Herstellung dieser Menge sind aber rund 250,000 Arbeiter erforderlich, zu denen noch 100,000 Bergleute zur Förderung der zu verarbeitenden Kohle kommen. Diese Menschen verfügbar zu machen, wird vielleicht noch schwieriger sein als die Beschaffung der für die Herstellung der Werke erforderlichen Kapitalien; denn der heutige Materialkrieg nimmt die vorhandenen Facharbeiter so restlos für sich in Anspruch, dass sich voraussichtlich die mit der Kohlenverflüssigung zu erzielenden Vorteile mit an anderen Stellen durch Arbeitermangel in Kauf zu nehmenden Nachteile ausgeglichen werden⁴.»

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass Deutschland im Kriegsfall auch seinen Achsenpartner Italien mit Kohle und Oel gänzlich versorgen muss. (Im Jahre 1938 deckte Deutschland nur 60 Prozent des Bedarfes Italiens an Kohle.) Es ist daher kaum anzunehmen, dass Deutschland seinen Oelbedarf im Ernstfall durch Eigenproduktion decken würde. Der Mangel an Treibstoffen ist eine der Achillesfersen der deutschen Kriegswirtschaft.

Wohl sind auch Frankreich und England auf die Oeleinfuhr stark angewiesen. Frankreich gewinnt in seinen eigenen Grenzen an flüssigen Treibstoffen nur 400,000 Tonnen jährlich, während der Bedarf sich um 8 Millionen Tonnen bewegt und in Kriegszeiten auf 20 Millionen steigen wird. Auch England muss 94 Prozent seines Oelbedarfes einführen. Aber für diese beiden Länder wird die Oelversorgung im Kriegsfall — die Herrschaft über die Seewege vorausgesetzt — keine grossen Schwierigkeiten bereiten, da Amerika allein im Jahre 1938 164,740,000 Tonnen Oel gefördert hat.

⁴ Wehrtechnische Monatshefte 1937, S. 349.

Die oben angestellten Berechnungen über den Bedarf an Flugzeugen und Treibstoffen zeigen deutlich, mit welchen ungeheuren Produktionszahlen im kommenden Kriege zu rechnen ist.

Dabei stellt die Flugzeugindustrie und die Oelproduktion nur einen Teil der gesamten Kriegswirtschaft dar. Von ebenso wichtiger Bedeutung ist der Bedarf an Eisen, Stahl, Kohle usw. So wird zum Beispiel angenommen, dass bei einem Massenkrieg für je 1 Million Soldaten im Monat 300,000 Tonnen Eisen und Stahl und 4 Millionen Tonnen Steinkohle erforderlich sein werden⁵. Wie gewaltig dieser Rohstoffbedarf ist, kann man aus folgenden Ueberlegungen ersehen.

Die Kriegsstärke des französischen Heeres wird nach neueren Schätzungen rund 4,1 Millionen Mann betragen. Hieraus ergäbe sich ein Bedarf an Eisen und Stahl in Höhe von fast 15 Millionen Tonnen jährlich. Im besten Nachkriegsjahr hat die gesamte Stahlgewinnung dieses Landes aber nur 10 Millionen betragen. Dabei ist in der Bedarfsziffer von 15 Millionen Tonnen der mittelbare militärische Bedarf nur zum Teil, der zivile Bedarf überhaupt noch nicht erhalten⁶. Diese Beispiele lassen sich vervielfachen.

Damit sind die wirtschaftlichen Probleme des Zukunftskrieges bei weitem noch nicht erschöpft. Neben den Fragen des materiellen Kriegsbedarfes ist das Problem des Arbeitseinsatzes von grösster Bedeutung.

Es sei vor allem darauf hingewiesen, dass der moderne Krieg gewaltige Menschenreserven braucht, die zum grossen Teil aus dem Wirtschaftsprozess herausgezogen werden müssen. Die Erfahrungen des Weltkrieges zeigen, dass 20 Prozent der Gesamtbevölkerung mobilisiert worden sind. So wurden zum Beispiel in Deutschland 13,250,000 Mann eingezogen, in Frankreich (einschliesslich der Kolonien) 8,195,000 und in England (einschliesslich Dominions) 9,496,000. Auch im Zukunftskrieg rechnet man mit einer gleichen Heeresstärke, so dass von einer Menschenersparnis durch Mechanisierung und Motorisierung keine Rede sein kann. Die Vorherrschaft des Materials und die Herstellung der verfeinerten Kriegsgewehre, wie Flugzeuge, Tanks usw., erfordern aber einen grösseren Einsatz von Arbeitskräften. Bereits im Weltkrieg hat sich das Kräfteverhältnis zwischen kämpfender Truppe und rüstender Wirtschaft zugunsten der letzteren verschoben. So kamen in Deutschland in den letzten Jahren des Krieges auf einen Soldaten an der Front zwei Arbeitskräfte. In den Vereinigten Staaten betrug die Relation: Frontsoldat : Industriearbeiter 1 : 17. Dieses Verhältnis ist freilich für Europa schon mit Rücksicht auf die Wehrmachtstärke ganz ausgeschlossen. Nach den neueren Berechnungen des Oberstleutnant Dr. Hesse, Wehrwirtschaftsdozent an der Universität

⁵ Friedenburg: Die mineralischen Bodenschätze, S. 176.

⁶ Vierteljahreshefte des Institutes für Konjunkturforschung. Jg. 1937, Heft 3, S. 337.

Berlin, wird für Deutschland ein Verhältnis von 1 : 3 (Soldaten : Arbeitskräfte der Kriegswirtschaft) angenommen. Nach anderen Schätzungen wird mit einem Verhältnis 1 : 6 gerechnet.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die technischen Fortschritte der modernen Kriegsführung einen Mehreinsatz von qualifizierten Arbeitskräften erfordern. An Facharbeitern besteht aber schon jetzt ein grosser Mangel und erst recht in den Kriegszeiten. Man hofft in Deutschland, Frauen als qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden, aber die Umschulung verlangt eine längere Ausbildungszeit und gerade der Zeitfaktor stellt im Kriege eines der wichtigsten Elemente des Sieges dar. Nur Russland bildet in dieser Beziehung eine Ausnahme, da in allen wichtigsten Industriezweigen die Frauen als qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt sind. In der Autotraktorenindustrie zum Beispiel waren bereits im Jahre 1934 32,5 Prozent der Elektrogiesser, 20,2 Prozent der Former, 20 Prozent der Schmiede, 25 Prozent der Dreher und 42 Prozent der Fräser Frauen⁷. Dadurch ist eine grössere Stetigkeit der Beschäftigung der Rüstungsbetriebe auch im Kriegsfall gewährleistet.

Der Mangel an Arbeitskräften kann wohl behoben bzw. gemildert werden, wenn fremde Länder zur Deckung des Kriegsbedarfes herangezogen werden. Dadurch können auch mehr Soldaten für die Front verwendet werden. Dieser Vorteil steht aber nur demjenigen Staate zur Verfügung, der ausreichende Gold- und Devisenbestände besitzt. Wie schlecht aber die Goldsituation der Achsenmächte ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass die Goldbestände Deutschlands im Jahre 1938 auf 1 Milliarde Reichsmark geschätzt werden gegen 4180 Millionen Reichsmark im Jahre 1913. Die Goldbestände Englands stiegen hingegen von 4881 Millionen Reichsmark im Jahre 1913 auf 6021 Millionen Reichsmark im Jahre 1938 und die Frankreichs entsprechend von 5887 auf 6021 Millionen Reichsmark. Die Goldbestände Deutschlands machen folglich nur $\frac{1}{6}$ der englischen bzw. der französischen aus. Infolgedessen können die Westmächte fremde Arbeitskräfte für sich arbeiten lassen, während für die Achsenmächte diese Möglichkeit sehr beschränkt ist.

Unsere Darstellung hat gezeigt, welcher ungeheuren Bedarf an Material und Menschen der zukünftige Krieg erfordern wird. Es bleibt nun zu untersuchen, wie weit er durch die beiden gegnerischen Koalitionen gedeckt werden kann. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, dass auf der einen Seite Deutschland und Italien und auf der anderen England, Frankreich, Russland, Polen und Rumänien kämpfen werden.

Die wichtigste Veränderung, die sich gegenüber dem letzten

⁷ Keller: Handbuch der Volkswirtschaft der Sowjetunion. Verlag Rivnac, Prag, 1938. S. 31.

Weltkrieg vollzogen hat, ist die gewaltige Steigerung des Kriegspotentials Russlands. Die folgende Aufstellung zeigt den Aufschwung seiner wirtschaftlichen Kriegsstärke:

	In Millionen Tonnen	
	1913	1937
Roheisen . . .	4,6	14,5
Stahl	4,7	17,8
Kohle	29,2	128
Oel	9,2	31
Eisenerz . . .	9,5	30

Im Vergleich mit der Vorkriegszeit hat Russland, wie ersichtlich, die Produktion der wichtigsten Zweige der Schwerindustrie verdrei- und vervierfacht. Es ist dabei noch besonders wichtig, festzustellen, dass auch das kriegswirtschaftliche Potential der Westmächte dadurch eine gewaltige Steigerung erfährt. In der Eisen- und Stahlproduktion besteht gegenwärtig auf seiten der Achsenmächte eine Ueberlegenheit. Das Verhältnis verschiebt sich aber stark zugunsten der Westmächte, wenn sie die Unterstützung Russlands erhalten. So produzierten im Jahre 1937 die beiden gegnerischen Koalitionen an:

Roheisen		Stahl	
in Millionen Tonnen		in Millionen Tonnen	
England	8,6	England	13,1
Frankreich	7,9	Frankreich	7,9
	16,5	Polen	1,4
Russland	14,5		22,4
	31,0	Russland	17,8
Deutschland	15,960		40,2
Italien	790	Deutschland	19,355
Oesterreich	389	Italien	2,087
Tschechoslowakei	1,675	Oesterreich	650
	18,814	Tschechoslowakei	2,291
			24,384

Die Heranziehung Russlands in die Abwehrfront bedeutet folglich soviel wie beinahe eine Verdoppelung der Eisen- und Stahlproduktion der Westmächte und einen gewaltigen Vorsprung gegenüber den Achsenmächten.

Auch auf anderen wichtigen Gebieten der Schwerindustrie besteht ein Uebergewicht der Friedensmächte. So betrug die Kohlenproduktion Englands, Frankreichs und Russlands im Jahre 1937 429,306,000 Tonnen, die der Achsenmächte hingegen nur 185,476,000 Tonnen. An Eisenerz wurden im gleichen Jahre auf der einen Seite 80,912,000 Tonnen produziert und auf der anderen 12,624,000 Tonnen.

Bei allen diesen Berechnungen haben wir die Hilfeleistung Amerikas nicht berücksichtigt. Es braucht nach den Erfahrungen des Weltkrieges nicht besonders hervorgehoben zu werden, was eine Unterstützung der Vereinigten Staaten bedeutet. Es ge-

nügt, darauf hinzuweisen, dass die Stahlproduktion der USA im Jahre 1937 grösser war als die Deutschlands, Englands und Frankreichs zusammen.

Es ergibt also bei näherer Betrachtung der Leistungsfähigkeit der Industriekörper der beiden gegnerischen Koalitionen eine absolute Vorherrschaft auf seiten der grossen Demokratien. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Diktaturstaaten im Ernstfalle mit einer Verminderung — wenn nicht mit einer gänzlichen Unterbrechung — der Einfuhr von wichtigsten Kriegsrohstoffen zu rechnen haben. Wie stark aber diese Abhängigkeit ist, hat erst kürzlich das offizielle Organ des deutschen Generalstabes, « Militärowissenschaftliche Rundschau », besonders deutlich hervorgehoben:

« Deutschland ist im reichsten Masse auf die Einfuhr jeglicher Art angewiesen. Wehrwirtschaftlich gesehen, ist bei weitem in der Mehrzahl seiner Rohstoffe für die Rüstungsindustrie auf die Einfuhr angewiesen. Die Kohle, ohne die keine Eisenerzeugung, also auch keine Herstellung von Waffen und Munition möglich ist, ist der einzige Reichtum unserer Heimat. Zwar besitzen wir Eisenerzlager, aber ihr Ertrag reicht für unseren Bedarf nicht aus, wenn auch durch den Anschluss Oesterreichs die Lage für uns günstiger geworden ist. Im Jahre 1937 stand einer Eigenversorgung von etwa 10 Millionen Tonnen Eisenerz eine Einfuhr von 20,5 Millionen Tonnen gegenüber, die fast zur Hälfte aus Schweden herübergebracht wurde.

Der derzeitige Verbrauch an Kupfer, neben dem Eisen notwendigster Rohstoff für Waffen und Munitionsanfertigung beträgt 220,000 Tonnen, dem eine Eigenerzeugung von nicht 30,000 Tonnen gegenübersteht. Lieferanten sind USA und Chile.

Die ebenfalls für die Rüstungsindustrie wichtigen Metalle Blei und Mangan werden zu etwa 31 bzw. 16 Prozent des Verbrauches im eigenen Lande gefördert. Auch hier muss die Einfuhr helfen. Ganz oder fast ganz fehlen uns die zur Herstellung von Stahllegierungen erforderlichen Metalle wie Zinn, Nickel, Chrom, Wolfram, Antimon. Auch in Quecksilber sind wir vom Ausland abhängig. Fast alle diese Rohstoffe müssen von Uebersee hereingebracht werden. »⁸

Durch den gewaltigen Materialverbrauch im Krieg ist, wie erwähnt, eine ausreichende Vorratsbildung unmöglich. Eine verminderte Einfuhr von Kriegsrohstoffen muss sich begreiflicherweise auf die Rüstungsproduktion, die erst während des Krieges zur vollen Entfaltung gebracht werden kann, stark auswirken. Es ist daher kaum anzunehmen, dass die Diktaturstaaten, falls sich der Krieg über einige Jahre erstrecken sollte, den ungeheuren Bedarf an Material decken würden. Den demokratischen Staaten steht hingegen der Reichtum der ganzen Welt an Rohstoffen zur Verfügung, wodurch auch die Ueberlegenheit an Kriegsmaterial gegeben ist.

Für die Beurteilung des Kriegspotentials ist ferner die Lebensmittelversorgung des Landes von grösster Bedeutung. Wie weit ist sie bei den einzelnen kriegführenden Staaten gesichert? Frankreich ist im grossen und ganzen Selbstversorger.

⁸ Militärowissenschaftliche Rundschau, Nr. 1, 1939.

Russland ist nicht nur autark, sondern exportiert bekanntlich einen gewissen Teil seiner landwirtschaftlichen Produktion. England ist wohl zu $\frac{3}{4}$ seines Bedarfes an Lebensmitteln auf die Einfuhr angewiesen; bei Aufrechterhaltung der Herrschaft über die Seewege — sonst müsste der Krieg in einigen Wochen beendet werden — ist die Einfuhr so gut wie gesichert. Wie wird es mit der landwirtschaftlichen Versorgung Deutschlands stehen?

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Ausfuhrabhängigkeit vom Auslande in der Ernährungswirtschaft trotz der « Erzeugungsschlachten » die gleiche blieb wie in der Vorkriegszeit; auch jetzt deckt die Landwirtschaft nur 80 Prozent des Bedarfes. Auf einzelnen Gebieten, wie Fettversorgung, ist die Auslandsabhängigkeit viel stärker: 35 Prozent an Speck, Schmalz und Butter müssen eingeführt werden. Wie pessimistisch die ernährungswirtschaftliche Lage Deutschlands im Kriegsfall in militärischen Kreisen beurteilt wird, geht aus folgender Betrachtung hervor:

« Die ernährungswirtschaftliche Lage des Reiches im Kriegsfall ist in entscheidender Weise von der politischen Machtgruppierung abhängig, in der sich der Krieg der Zukunft abspielt. Sollte abermals die gleiche oder ähnliche Koalition zustande kommen wie sie im Weltkrieg gegen Deutschland war, so ist unter allen Umständen mit einer Blockade zu rechnen, die Deutschland von allen Zufuhren aus dem Ausland absperrt. Im Weltkrieg hat es verhältnismässig lange gedauert bis alle Lücken im Blockadering geschlossen und alle nach Deutschland führenden Kanäle verstopft waren. Man wird gut daran tun, damit zu rechnen, dass in einem kommenden Krieg die Blockade schon gleich von Kriegsbeginn an in voller Schärfe einsetzen wird, so dass nennenswerte Zufuhren von Lebensmitteln aus dem Ausland kaum zu erhoffen sind und Deutschland ausschliesslich auf den Ertrag seiner eigenen Landwirtschaft angewiesen ist. Und schliesslich wird es im Kriege der Zukunft noch schwieriger sein der Landwirtschaft die von ihr benötigten Arbeitskräfte zu belassen, als dies im Weltkrieg schon der Fall war, zumal nicht allein die Front, sondern auch der Heimatschutz ein nach Millionen zählendes militärisches Massenaufgebot beanspruchen wird. Alle diese Erwägungen zwingen zur Annahme, dass die deutsche Landwirtschaft in einem künftigen Kriege, falls sich dieser über mehrere Jahre erstrecken sollte, was auch im Zeitalter der Flieger und Panzerwagen durchaus möglich ist, einen mindestens ebenso grossen Rückgang in ihrem Ertrag erleiden wird wie im Weltkriege. »⁹

Diesem fachmännischen Urteil ist nicht viel hinzuzufügen. Es sei denn, dass im Weltkrieg Deutschland erst nach zwei Jahren der Kriegführung die Rationierung der Lebensmittel eingeführt hat, während jetzt schon in der Zeit vor dem Krieg Fett- und Fleischmangel im Dritten Reich besteht. Die unzureichende Lebensmittelversorgung ist der zweite wichtige Faktor, der das Kriegspotential der Diktaturstaaten stark belastet.

Unsere Darstellung hat gezeigt, dass auch im kommenden Kriege der Sieg oder die Niederlage von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft abhängig sein werden. Die grosse Lehre des Welt-

⁹ Wehrtechnische Monatshefte 1937, S. 372.

krieges, dass ein militärisch siegreicher Gegner durch Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln zur Waffenstreckung gezwungen werden kann, wird auch im Zukunftskrieg ihre volle Wahrheit behalten.

Wehrwirtschaftliche Probleme der Schweiz.

Von M a x W e b e r.

Die ständige Bedrohung des Friedens durch die imperialistische Politik zwingt auch die Kleinstaaten, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Dazu gehört nicht nur der Ausbau der militärischen Abwehrmöglichkeiten, sondern auch eine genügende wirtschaftliche Vorbereitung. Diese wehrwirtschaftlichen Fragen dürften mindestens so wichtig sein wie diejenigen der militärischen Landesverteidigung. Für die Schweiz ganz besonders, da sie im Falle eines europäischen Krieges unter allen Umständen mit Schwierigkeiten der Versorgung und des Arbeitseinsatzes zu rechnen hat, auch dann, wenn sie selbst nicht in den Krieg hineingezogen wird.

Natürlich hängt die wirtschaftliche Seite der Kriegsführung und auch des Durchhaltens neutraler Staaten eng zusammen mit der Dauer eines Krieges. Die Meinungen hierüber gehen begreiflicherweise weit auseinander. Während auf der einen Seite mit einem sogenannten Ueberfallkrieg gerechnet wird, der unter überraschendem Einsatz gewaltiger militärischer Kräfte auf eine rasche Entscheidung drängt, deuten andere Faktoren eher auf eine längere Dauer hin. Ein Ueberfallkrieg kommt doch wohl nur in Frage gegen einen stark unterlegenen, isolierten Gegner, der nicht genügend vorbereitet ist für die militärische Abwehr oder sie nicht rechtzeitig entfalten kann. Wenn ein gut vorbereiteter, hartnäckiger Widerstand erfolgt, so ist mit einer Ausdehnung des Krieges auf die heute in Bildung begriffenen Mächtegruppen in Europa zu rechnen. Da die militärische Stärke, die auf beiden Seiten sofort eingesetzt werden kann, sich ungefähr die Waage hält, so scheint uns eine rasche Entscheidung fast ausgeschlossen zu sein. Je länger aber ein Krieg dauert, um so stärkere Bedeutung kommt den wirtschaftlichen Kräften zu. So, wie die gegenwärtige Gruppierung der Grossmächte aussieht, wäre eine anfängliche militärische Ueberlegenheit der Achsenmächte möglich oder sogar wahrscheinlich. Da sie aber nicht genügen wird, um eine Entscheidung herbeizuführen, dürfte die Frage des wirtschaftlichen Einsatzes eine sehr grosse Bedeutung erhalten. Ja, es ist damit zu rechnen, dass diese wirtschaftlichen Faktoren, die letzten Endes auch die psychologischen Faktoren, namentlich den Willen zum Durchhalten bestimmen, den Ausschlag geben.